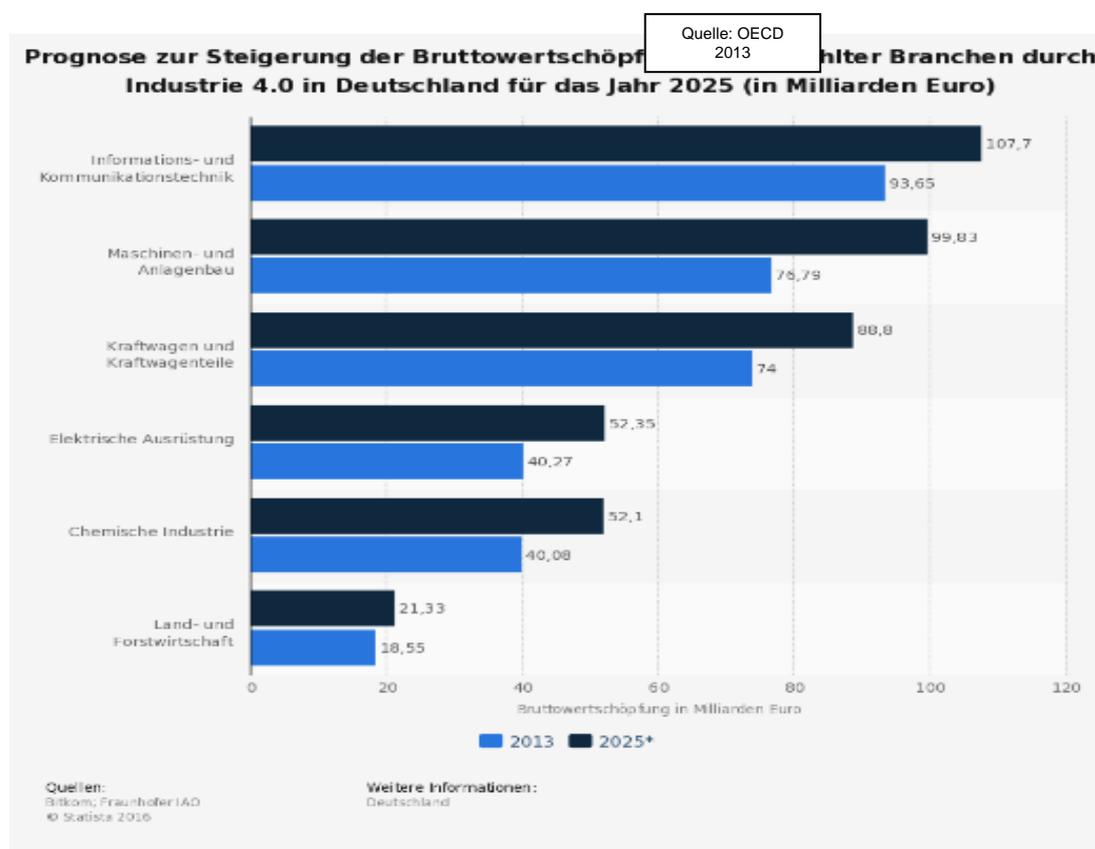


Ansprechpartnerinnen im DIHK: Dr. Katrin Sobania (Tel.: 030 20308-2109; [sobania.katrin@dihk.de](mailto:sobania.katrin@dihk.de)), Linda van Renssen (Tel.: 030 20308-2107, [vanrenssen.linda@dihk.de](mailto:vanrenssen.linda@dihk.de))

## Digitale Agenda: Digitalisierung vorantreiben, Standortvorteil sichern

Um die Digitalisierung in Deutschland voranzubringen, sind zukunftsorientierte digitale Infrastrukturen, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen, digital kompetente Mitarbeiter sowie der sichere und vertrauenswürdige Einsatz digitaler Technologien erforderlich. Dadurch lassen sich gesamtwirtschaftliche Effektivitätsgewinne in Unternehmen und Verwaltungen erreichen.



### Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Flächendeckenden Breitbandausbau auch im ländlichen Raum und in Gewerbegebieten vorantreiben
- Digitale Agenda der Bundesregierung konsequent und zügig umsetzen
- Bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen
- Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft verbessern
- Sicheren elektronischen Geschäftsverkehr ermöglichen

## **Flächendeckenden Ausbau hochleistungsfähiger digitaler Infrastrukturen auch im ländlichen Raum und in Gewerbegebieten zügig vorantreiben**

**Digitalisierung entscheidender Wachstumstreiber mit enormen Beschäftigungseffekten:** Die Digitalisierung bedeutet für Deutschland ein zusätzliches Wertschöpfungspotenzial von 425 Milliarden Euro bis 2025<sup>1</sup> – durch Anwendungen, Dienstleistungen und neue Geschäftsmodelle, beispielsweise in den Bereichen E-Commerce, Industrie 4.0 oder elektronische Gesundheitsdienstleistungen. Doch dafür sind wesentliche Weichen noch nicht gestellt: Gerade die Wirtschaft im ländlichen Raum ist häufig noch unzureichend mit leistungsfähigen Anschlüssen versorgt. Neben dem ländlichen Raum dürfen unterversorgte Gebiete in Ballungsräumen beim Breitbandausbau und der Breitbandförderung nicht in Vergessenheit geraten.

**Was zu tun ist:** Der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen – stationär und mobil – erfordert erhebliche Investitionen, die nur durch gemeinsame Anstrengungen und eine stringente Koordinierung aller Beteiligten wie Netzanbieter, Bund, Länder, Kommunen und Politik gelingt. Alle Maßnahmen – Planungen, regulatorischer Rahmen, Finanzierung und Förderung – sollten konsequent auf den Aufbau hochleistungsfähiger digitaler Infrastruktur bis zum Endabnehmer ausgerichtet werden.

## **Digitale Agenda der Bundesregierung konsequent und zügig umsetzen**

**Stringente Koordinierung der Digitalen Agenda notwendig:** Die Bundesregierung bündelt in der Digitalen Agenda für die laufende Legislaturperiode die Vorhaben der einzelnen Bundesressorts. Wesentliche Zielvorgaben wie im Bereich der digitalen Infrastruktur, die den Unternehmen als wichtiger Standortfaktor dient, sollten mehr Raum einnehmen, insbesondere das Thema E-Government.

**Was zu tun ist:** Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sollten sich ressortübergreifend mit den Themen der Digitalen Agenda auseinandersetzen und Kompetenzen dafür ausbauen und bündeln. Dafür ist eine koordinierende Stelle auf Seiten der Bundesregierung hilfreich. Vor allem im Bereich der Verwaltungsleistungen für Unternehmen sollten Bund und Länder zentrale E-Government-Vorhaben einheitlich flächendeckend elektronisch umsetzen. Auch dafür müssen effektive organisatorische Strukturen geschaffen werden, beispielsweise für ein stringentes Projektmanagement.

## **Bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen**

**Die entscheidende Ressource „digitale Kompetenz“:** Ein Mangel an gut ausgebildeten Mitarbeitern, z. B. Entwickler oder Big Data-Analysten, und unzureichende „Digitalkompetenzen“ dürfen nicht zum Hindernis für Betriebe werden. Nur entsprechend

---

<sup>1</sup> Siehe

[https://www.rolandberger.com/publications/publication\\_pdf/roland\\_berger\\_die\\_digitale\\_transformation\\_der\\_industrie\\_20150315.pdf](https://www.rolandberger.com/publications/publication_pdf/roland_berger_die_digitale_transformation_der_industrie_20150315.pdf).

qualifizierte Mitarbeiter sind in der Lage, komplexe und dynamische Arbeitsabläufe zu beherrschen und weiterzuentwickeln. Betriebe leisten hier durch Schulungen und betriebsinterne Weiterbildung bereits ihren Anteil, dürfen aber mittel- und langfristig in diesen Bemühungen nicht alleine gelassen werden.

**Was zu tun ist:** Der Umgang mit digitalen Anwendungen, die daraus resultierenden organisationalen Veränderungen in der betrieblichen Zusammenarbeit sowie ein darüber hinaus gehendes technisches Verständnis sind für die Unternehmen unerlässlich. Die Grundlagen für „digitale Kompetenzen“ werden bereits in den allgemeinbildenden Schulen gelegt – sie müssen jedoch in der beruflichen Bildung und auch in die der berufsbegleitenden Weiterbildung und den Hochschulen weiterentwickelt werden. Um die zukünftigen Fachkräfte auf die Anforderungen von Arbeit 4.0 vorzubereiten, sollte die Vermittlung einschlägiger Basiskompetenzen wesentlich stärker als bisher bereits in den Schulcurricula und in der entsprechenden Lehrer- und Berufsschullehrer-aus- und -fortbildung erfolgen. In der schulischen MINT-Bildung sollten die Fächer Informatik und Technik in vergleichbarer Weise wie die Naturwissenschaften gestärkt werden.

### **Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft verbessern**

**Daten entscheidender Wirtschaftsfaktor:** Mit der Digitalisierung als Treiber entstehen zunehmend virtuelle Märkte. Digitale Plattformen sind in einer Schlüsselposition für die Sammlung und Auswertung großer Datenmengen und die damit verbundenen Chancen auf neue Geschäftsmodelle und Märkte. Dorthin verlagern sich Wertschöpfung und Innovation.

**Was zu tun ist:** Kleine und mittlere Unternehmen vernetzen sich entlang der Lieferkette enger und bilden gemeinsame Plattformen, um die Potenziale des Datenaustauschs für ihre digitalen Geschäftsmodelle besser nutzen zu können. Die Politik sollte gemeinsam mit der Wissenschaft diese Vernetzung unterstützen und fördern. Über die EU-Datenschutzgrundverordnung hinaus hat Klarheit über die Nutzungsrechte an Daten für die Wirtschaft höchste Priorität. Der Wettbewerb ebenso wie der Vollzug geltenden Rechts muss für bestehende und New Economy-Märkte gesichert sein. Die Politik sollte die Etablierung europäischer Standards stärker unterstützen.

### **Sicheren elektronischen Geschäftsverkehr ermöglichen**

**Zentrale Fragen bei Datensicherheit und Datenschutz ungelöst:** Mit jeder neuen technologischen Entwicklung wie z. B. Big Data, mobile Datennutzung, soziale Netzwerke, Cloud Computing, Smart Grids oder Industrie 4.0 entstehen neue sicherheits- und datenschutzrelevante Fragestellungen für die Unternehmen. Eine klare politische Agenda zur Bewältigung der Herausforderungen, ein verlässlicher Rechtsrahmen so-

wie einheitliche Normen und Standards, insbesondere für die Behandlung globaler Datenströme, fehlen bisher.

**Was zu tun ist:** Zwar sind die Unternehmen für die Sicherheit ihrer IT-Systeme in erster Linie selbst verantwortlich. Bedrohungen durch Staaten oder kriminelle Gruppierungen stellen jedoch besonders große Herausforderungen dar, die die Unternehmen allein nicht bewältigen können – hier muss der Staat seine Schutzfunktion wahrnehmen. Notwendig ist eine gemeinsame Strategie von Staat und Wirtschaft zur Bewältigung der Herausforderungen der Daten- und Informationssicherheit.

**Die IHK-Organisation trägt hierzu bei u. a. durch:**

- Mitwirkung bei der Identifikation und Unterstützung bei der Beseitigung von Engpässen beim Ausbau des Breitbandnetzes
- zahlreiche Aktivitäten zur Sensibilisierung und Hilfe zur Selbsthilfe der Unternehmen bei der Daten- und Informationssicherheit sowie zu positiven Anwendungserfahrungen im Kontext der Digitalisierung z. B. durch Schulungsformate zur Vermittlung digitaler Kompetenzen
- digitales Heranführen von Jugendlichen an die berufliche Bildung z. B. über die IHK-Lehrstellenbörse und die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Ausbilder
- Aufnehmen digitaler Kompetenzen und Erschließen digitaler Berufsbilder bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen sowie der Aufstiegsfortbildung [EH]